

Offenbach-Post

# „Grausames globales Geschäft“

Von Detlef Drewes

**BRÜSSEL** - Sie werden verkauft, versklavt, ausgebeutet. Aber viel zu wenig geschützt: die Opfer von Menschenhandel in Europa. 2008 waren es noch 6309 Betroffene (Deutschland 692), die die Sicherheitsbehörden in den 27 EU-Staaten entdeckten. Bis 2011 kletterte ihre Zahl auf 9528 (Deutschland: 651). Zugleich gingen die Fälle, in denen Schlepper und Händler verhaftet wurden, massiv zurück: Von 1534 im Jahre 2008 auf 1339 drei Jahre später.

„Es ist schwer vorstellbar, dass in unseren freien und demokratischen Ländern zehntausenden Menschen die Freiheit entzogen wird, sie ausgenutzt und für Profit

## Erschreckende Statistik zum Menschenhandel in den EU-Mitgliedstaaten - immer mehr Opfer, immer weniger Verhaftungen

gehandelt werden wie Waren“, sagte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström bei der Präsentation einer aktuellen Studie gestern in Brüssel. „Doch es ist die traurige Wahrheit.“

Noch trauriger dürfte allerdings sein, dass die Statistik nur ein Zerrbild der Wirklichkeit wiedergibt. Denn während die EU-Statistikbehörde gerade mal 9528 Opfer von

Menschenhandel 2011 aufzistet, sprach die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) im Juli 2012 von rund 880000 Zwangsarbeitern in Europa. Der Trend zeigt nach oben.

Zwar sollten die 27 Mitgliedstaaten bis zum 6. April die EU-Richtlinie gegen Menschenhandel in nationales Recht übernehmen. Doch gerade mal sechs Länder (Tschechien, Litauen, Finnland, Un-

garn, Polen und Schweden) sind dieser Auflage nachgekommen. Deutschland fehlt in Berlin betonte Regierungssprecher Steffen Seibert gestern, man werde die Brüsseler Vorgabe „bald“ ratifizieren. Ob das noch vor der Bundestagswahl passiert, sei aber ungewiss. Ein deutscher Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums befindet sich gerade in der Abstimmung. „Die unterschiedene Haltung der Bundesregierung ist davon nicht betroffen.“

Bei 68 Prozent der Opfer handelt es sich um Frauen, 17 Prozent sind Männer, zwölf Prozent Mädchen und drei Prozent Jungen. Die überwiegende Mehrzahl (68 Prozent) wird sexual ausgebeutet, ein Viertel zur Arbeit gezwun-

gen. Viele Betroffene werden aus Rumänien und Bulgarien verschleppt. Aber auch nicht-europäische Länder wie Brasilien, Russland, China, Nigeria oder Algerien gelten als Hauptzielgebiete für Menschenhändler. Es handelt sich, so heißt es in der EU-Studie, um „ein grausames globales Geschäft“. Weltweit seien 20,9 Millionen Menschen Opfer dieser kriminellen Kreise, davon 5,5 Millionen Minderjährige.

Die EU-Richtlinie zur Eindämmung dieser Praktiken sieht einen umfangreichen Handlungskatalog vor. So sollen Opfer, die identifiziert werden, auf nationale Hilfsangebote zählen können. Dazu gehören psychologische und therapeutische Un-

terstützung, aber auch die Verhinderung von sofortiger Abschiebung in die Herkunftsländer. Zur Vermeidung weiterer Traumata sollen die Betroffenen vor einer „zweiten Viktimisierung“ geschützt werden, indem ihnen eine Konfrontation mit den Tätern in Strafverfahren erspart bleibt. Außerdem fordert die EU Präventionsmaßnahmen sowie national Verantwortliche, die die Regelungen und Sicherheitsbehörden beraten. Schon vor einigen Jahren war der Aufgabenkatalog von Europol und Eurojust (einem Zusammenschluss der EU-Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Justiz-Zusammenarbeit) um das Aufgabengebiet Menschenhandel erweitert worden.

# und seine

# Verantwortung

## Frauenrechts-Expertin im Gespräch

**OFFENBACH** • In der Europäischen Union werden immer mehr Menschen als Prostituierte oder Zwangsarbeiter ausgebeutet. Monika Hartenfels ist Geschäftsführerin der bundesweit tätigen Frauenhilfsorganisation „Solwodi“. Mit ihr sprach unser Redaktionsmitglied Peter Schultze-Holtey.

**Sind Sie auch enttäuscht darüber, dass Deutschland - trotz der alarmierenden Tendenzen - die neue EU-Richtlinie gegen Menschenhandel noch nicht umgesetzt hat?**

Ich bin gleichermaßen enttäuscht wie zutiefst empört. Deutschland hat es verpasst, das richtige Signal zu senden: mehr Rechte und Schutz für die Opfer von Menschenhandel statt immer nur davon zu reden, man müsste ... Es ist einfach unfassbar, dass ausgerechnet wir die Richtlinie nicht umsetzen. Gelten Menschenrechte nicht auch für die Schutzwürdigsten unserer Gesellschaft? Betroffen vom Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sind überwiegend Frauen und junge Mädchen, die von skrupellosen Menschenhändlern psychisch, physisch und nicht zuletzt finanziell ausgebeutet werden. Gleichberechtigung? Davon können sie nur träumen - unsere im Grundgesetz verankerten Rechte gelten aber auch für sie. Und ich sage, wer hier bei uns ausgebeutet wird, wenn hier bei uns Unrecht geschieht, der sollte vom Staat, von unserer Gesellschaft auch Widergutmachung und Gerechtigkeit erfahren. Es ist nicht hinzunehmen, dass sich die Bundesrepublik hier ihrer Verantwortung entzieht.

**Immer noch werden Tausende ausländischer Frauen, die bei Razzien in Bordellen aufgegriffen werden, abgeschoben, ohne als Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution erkannt worden zu sein. Was muss sich in Deutschland ändern?**

Es müssen Zusammenhänge erkannt werden und auch die Blickrichtung sollte sich ändern: Verbesserte Täterermittlung und Abschreckung durch verschärftes Strafrecht ist auch Opferschutz. Zudem: Die sogenannten Freier sollten in die Verantwortung ge-



**Endstation Straßenstrich:** Die meisten illegal eingeschleppten Frauen aus Osteuropa werden zur Prostitution gezwungen. • Foto: dpa

nommen werden, denn ohne Nachfrage, kein Angebot. Der Zusammenhang zwischen dem liberalsten Prostitutionsgesetz und zunehmendem Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung wird leider oft negiert. Es wird das falsche gesellschaftspolitische Signal. Das Gesetz ist nicht schuld, aber es signalisiert: Sex und Frauen zu kaufen ist in Ordnung, ist erlaubt, ist damit gesellschaftsfähig. Ein Rückschritt bei den Bestrebungen nach Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und damit nicht hinnehmbar. Vor allem aber

auch müssen wir weiter auf dem Weg der Sensibilisierung und Weiterbildung gehen: Noch immer wissen zu wenige Mitarbeiter von Polizei, Ausländerbehörden und anderen Kontrollbehörden, woran und wie sie potentielle Menschenhandelsopfer erkennen. Noch immer werden bei Razzien in Bordellen aufgegriffene Frauen und junge Mädchen ohne Papiere in Asylunterkünfte verbracht, statt in Schutzunterkünfte von Solwodi oder anderen Fachberatungsstellen, wo sie qualifiziert betreut werden können. Wir von Solwodi for-

dern schon lange, an jeder Kontrolle und Razzia im Milieu beteiligt zu werden, um so Vertrauen zu den Frauen aufbauen zu können. In vielen Bundesländern klappt das ausgerechnet, aber noch nicht überall.

**Wenn Sie auf die vergangenen beiden Jahre zurückblicken: Hat sich beim Blick auf den Menschenhandel in Deutschland die Situation verbessert?**

Wie gesagt, in vielen Bundesländern klappt die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Behörden und Solwodi hervorragend. Noch immer aber

ist die finanzielle Ausstattung der Fachberatungsstellen und Schutzunterkünfte nicht ausreichend. Weder die Alimentierung der Betroffenen ist ausreichend, noch bestehen ausreichende Möglichkeiten dringend benötigter Psychotherapie. Wir fordern auch ein Bleiberecht für die Opfer ungerechter Verfahren. Diese können die Frauen oft nicht liefern, selbst wenn sie wollen. Zudem haben Sie oft Todesängste, und reden auch aus Angst um ihre Angehörigen im Heimatland nicht.



Monika Hartenfels - Foto: privat